

Russkaja Post

САНКТО-ПЕТЕРБУРГ
202-РАМОУСС

Erscheint 2mal wöchentlich.

am **Mittwoch** und am **Sonnabend**
(vorläufig nur 1 mal wöchentlich).

Geschäftskunden: werktäglich von 9—11
Uhr vorm. — Sprechstunde der Redak-
tion: In der Wohnung des verantw.
Redakteurs — Subalf-Str. (früher Malaja
Sjudebnaja) Nr. 18, Qu. 8, im Hof—wert-
täglich von 6—7 Uhr abds.

Nr. 33

Лифля, Sonnabend, den 26. August 1922

14. Jahrgang.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die
traurige Mitteilung, daß unser innigstgeliebter Gatte
und Vater

Gottlob Mayer

im Alter von 57 Jahren am 24. August, morgens
10^{1/2} Uhr nach kurzem schwerem Leiden sanft entschlief.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 27. Aug.
gest, 4 Uhr nachmittags statt.

Die trauernde Gattin u. die Kinder.

Politische Nachrichten.

Es erweist sich, daß die Londoner Konferenz nicht mit einem Kompromiß zwischen dem englischen und dem französischen Standpunkt geendet hat, wie wir in der vorigen Nummer auf Grund des Nachrichtenmaterials, das uns bei Schluß der Redaktion vorlag, mitgeteilt haben, sondern abgebrochen wurde, nachdem sich ihr vollständiger Mißerfolg herausgestellt hatte, trotzdem die interalliierten Delegierten auf der letzten Sitzung (14. 8.) schon zu einer Art von Verständigung gekommen waren. Bektere zürcht sich aber wieder, als die Frage zur Entscheidung gelangte, ob man die endgültige Entscheidung über die Reparation vertragen solle, bei sofortiger Gewährung eines Zahlungsausschusses für Deutschland, oder ob sie gleichzeitig mit diesem zu erfolgen habe. Poincaré widersprach dem Vorschlag Lloyd Georges, der auf der Voraussetzung einer Vertagung basierte, mit der Begründung, daß er nicht in einen Zahlungsausschub willigen könne, für den nicht ausreichende Sicherheiten geboten würden. Zu diesen müsse vor allem die Beschlagnahme der deutschen Staatsforsten und -gruben gehören. Im Falle der Nichterfüllung der getundeten Zahlungsverpflichtung unterläge sie dem Verkauf im Wege des Zwangsverfahrens. Lloyd George erklärte eine derartige Garantieforderung für unannehmbar, da sie die deutsche Kreditfähigkeit absolut untergraben und die deutsche Wirtschaft definitiv ruinieren würde. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden, und so reisten sämtliche Delegierte bereits am nächsten Morgen ab, ohne daß für eine weitere Konferenz der Termin anberaumt worden wäre. Allerdings blieb es unmittelbar darauf, Lloyd George werde eine solche zum November berufen, zu der auch Amerika und Deutschland aufgeföhrt würden, um die Reparationsfrage im Zusammenhang mit den interalliierten Schulden zu regeln, da nur bei entsprechender Lösung beider Probleme das wirtschaftliche Gleichgewicht in der Welt wiederhergestellt werden könnte. Rußland scheint man zu dieser Konferenz aber nicht hinzuziehen zu wollen, und so würde doch wiederum nur halbe Arbeit geleistet werden, denn ohne Rußland ist, das gilt als feststehend nicht nur bei den Russen, sondern wohl bei allen Mächten, eine wahre Ordnung der zerrütteten Weltwirtschaft nicht denkbar. — In Sachen des Moratoriums für die nächste Zahlung (15. Aug.) gab in Anbetracht des Mißlingens der Londoner Konferenz die Reparationskommission der deutschen Regierung auf ihr diesbezügliches Gesuch eine vorläufige Antwort, die man besage, daß der endgültige Beschluß demnächst zu erwarten sei, vorherhand aber die Zahlungsverpflichtung unterföhrt bestehen bleibe. Zu zahlen waren

2 Millionen Pf. Sterl. gezahlt wurden 500 000 Pfund, also nur ein Viertel. Die britische Regierung hat alsdann im Namen sämtlicher alliierter Regierungen eine Note an die deutsche Regierung gerichtet, in der es heißt, daß erstere auf die 2 Millionen Pfund Zahlung bestehen müßten und daß die am 15. August nicht bezahlten 1^{1/2} Mill. Pf. Strlg. spätestens am 15. September nachbezahlt werden müßten, d. h. mit anderen Worten, daß Deutschland zum 15. Sept. nicht mehr und nicht weniger als insgesamt (2 + 1^{1/2} =) 3^{1/2} Millionen Pfund zahlen solle! — Der Reichsfänger Dr. Birtz erklärte in einem Gespräch mit Berliner Vertretern der ausländischen Presse u. a., daß Deutschland infolge des ungeheuren Sturzes des Markkurses (der Dollarkostete an diesem Tage bereits über 1000 Mark; inzwischen ist er um noch ca. 500 Mark teurer geworden) außerstande sei, auch weiterhin in fremder Währung Zahlung zu leisten, denn gegenwärtig sei die Mark bis zum 250. Teil ihres Vorkriegswertes gesunken, und die Unmöglichkeit, in bar zu zahlen, werde notgedrungen die Unmöglichkeit der Sachlieferungen nach sich ziehen. Die französische Politik der Drohungen und Gewalttätigkeiten führe dazu, daß auch die Unmöglichkeit weiterer Demokratisierung Deutschlands zur Tatsache werden müsse. „Vom Sterbebett eines ganzen Volkes“, sagte der Reichsfänger, „appelliere ich nicht an die Sentimentalität, sondern an den gefunden wirtschaftlichen Gemeininn der Welt, die es sich nicht erlauben kann, sein Interesse für die Erhaltung und Beschützung des Burgfriedens und der Ordnung bei einem 80 Millionen-Volk zu zeigen, das an den Abgrund der Verzweiflung getrieben ist.“ — Angesichts des erschreckenden Fallens der Mark wollen die Gewerkschaften mit der Regierung Seite an Seite den Kampf mit der drohenden Katastrophe aufnehmen. Es werden Maßnahmen beraten, um der Gefahr eines ungenügenden Einkommens der Arbeiter und Angestellten infolge des fortwährenden Steigens der Preise für Lebensmittel und sonstige zum Lebensunterhalt erforderliche Gegenstände zu begegnen. — Die Berliner Stadtverwaltung beabsichtigt eine der Entwertung der Mark entsprechende Erhöhung der Preise für die Benutzung der wichtigsten städtischen Einrichtungen, wie z. B. der elektrischen Beleuchtung, des Wassers, des Gases, der Krankenhäuser etc. eintreten zu lassen. — Der Eisenbahntarif ist in ganz Deutschland um 50% erhöht worden. Auch sollen die Post- und Telegraphengebühren mit dem 1. Oktober bedeutend erhöht werden. — Aus verschiedenen Teilen Deutschlands wird über ausgebreitete Streiks von Landarbeitern berichtet, wodurch das Einbringen der Ernte und die Milchverföhrung ernstlich behindert erscheinen. Die Nothilfe ist einberufen worden. — Der Pariser Korrespondent der Londoner „Times“ teilt mit, daß die Reparationskommission ernstlich bemüht sei, die Schwierigkeiten der Reparationsfrage, die gegenwärtig auf ein totes Geleise geraten sei, zu überwinden. Die Mitglieder der Kommission Sir John Bradbury und Maulever sind in Berlin eingetroffen, um mit der deutschen Regierung über das Moratorium unmittelbar zu verhandeln. Die gemeinschaftlichen Sitzungen haben bereits am vorigen Montag begonnen. — Am vorigen Sonntag (20. 8.) hat in Berlin eine deutsch-englische Kundgebung für den Frieden und das Wohlergehen unter den Völkern der ganzen Welt

stattgefunden. Der erste englische Redner Maddison drückte den „aufrichtigen Wunsch“ der englischen Abgeordneten aus, die als Vertreter der Gewerkschaftsunion an der Kundgebung teilnahmen, daß „in gemeinsamer Arbeit mit dem deutschen Volke eine neue Ära (Zeitraube) eingeleitet werden möge, in welcher die Herrschaft der brutalsten Gewalt durch die der Vernunft abgelöst würde“. Unter den deutschen Rednern sprach auch der Führer der Unabhängigen Sozialistischen Partei Rudolf Breitscheid, welcher den „festen Entschluß der geeigneten deutschen sozialistischen Arbeiter, für die Republik u. den internationalen Frieden kämpfen zu wollen“, kundgab. — In Polen ist endlich ein Kabinett gebildet worden, das stabil zu sein scheint, als seine Vorgänger, denn es regiert bereits einige Wochen! In der Sitzung des Hauptausschusses des Sejm wurde nämlich am 29. Juli der Beschluß, wonach Korjanty zum Ministerpräsidenten bestimmt worden war, mit 222 gegen 202 Stimmen wieder aufgehoben und beschlossen, an den Staatschef das Ersuchen um Designation (Bezeichnung) eines Ministerpräsidenten zu richten. Pilsudski wies darauf noch im Laufe des Nachmittags in einem Schreiben an den Präsidenten des Sejms auf den Rektor der Jagellonischen Universität in Krakau Professor Julian Nowak als die seiner Meinung nach für den Posten des Ministerpräsidenten geeignetste Persönlichkeit hin. In der Abend Sitzung des Hauptausschusses stimmten 240 Abgeordnete gegen 184 für die Kandidatur Nowaks. Nowak fährt sofort zur Bildung des Kabinetts. Der neue Ministerpräsident steht der Verfassungskommission nahe und gehört zu dem Kreise der ehemaligen konservativen Krakauer Intelligenz, die sich um die Zeitung „Gaz“ schart. Er hat die Unterstützung der Bauernpartei und der Partei für Verfassungsarbeit. Es gelang ihm rasch, ein Kabinett zusammenzustellen, da er so ziemlich sämtliche Mitglieder der vorigen Regierung, d. h. der Skiminski, mit Ausnahme Skiminski selbst, übernahm, vor allem den Außenminister Karutowitsch, der ein absoluter Anhänger der verjöhrlichen Pilsudskischen Richtung ist. Karutowitsch hat sich seinerzeit in der Wilna-Frage nachdrücklich für die föderalistische Idee Pilsudskis eingesetzt, im Gegensatz zu den anexionistischen Skiminsken, die schließlich aber doch den Sieg davontrugen. Karutowitsch hat sich als Elektrofachmann in der Schweiz einen Namen gemacht und war zweiter Delegierter Polens auf der Genewa-Konferenz.

Die Finanzen Europas.

Der ehemalige italienische Ministerpräsident Ritti, der Verfasser des Buchs „Das friedlose Europa“, dessen deutsche Uebersetzung demnächst in zweiter, umgearbeiteter Auflage erscheint, hat sich jüngst über die Finanzen der europäischen Staaten im „Berl. Ztbl.“ wie folgt geäußert: „Außer England nähert sich kein Land Europas dem Budgetgleichgewicht. Alle gehen zuviel aus und haben höchst ungeordnete Finanzen. Das durch den Friedensvertrag den zweifelhafte Schikanen unterworfenen, gelähmten und täglich grundlos in seiner Würde beleidigten Deutschland leidet an einer geradezu widerföhrigen Finanzlage. Der Ruin der deutschen Finanzen röhrt fast ausschließlich von den Maßnahmen des Versailles Vertrages her. Keine ernsthaftere Person glaubt, Deutschland könne bedeutende Entschädigungen zahlen, nachdem man ihm sein Eisen zu vier Fünftel und seine Handelsflotte völlig weggenommen

sowie eine großartige Handelsorganisation im Auslande zerrüttert hat. Die Absicht der Schöpfer des Vertrages war, Deutschland niederzuwerfen, zu zerhackeln und zu erschicken. Aber auch die Finanzen der Siegerländer verschlechterten sich tagtäglich. Man jagt neuen Abenteuerern und Illusionen nach. Frankreich hat 800 000 Mann unter dem Waffen, d. h. doppelt soviel als vor dem Kriege. Sein Heeresbudget übersteigt das jedes andern Landes im letzten Jahrhundert. Bisher hat dasselbe Deutschland bezahlt durch die Rosten der Rheinlandsbesetzung, aber es ist klar, daß auf diese Weise Deutschland nicht auch noch Entschädigungen zahlen kann. Der Hauptteil der militärischen Lasten muß also von Frankreich selbst getragen werden. Tatsächlich nimmt seine Staatsschuld täglich zu. Italien hat getan, was in seinen Kräften stand, um seine Einnahmen zu steigern, es hat aber seine Ausgaben nicht herabgesetzt. Nur England hat die Ausgaben eingeschränkt. Europa und Amerika besitzen eine Menge von Produktionsmitteln, die weit ausgiebiger sind als die Konsumfähigkeit. Amerika leidet an Überproduktion und Deutschland, der Regulator des ganzen mitteleuropäischen Handels, ist ruiniert. Die finanzielle Unordnung der Kontinentalstaaten Europas nimmt nicht ab, weil der Kriegszustand dauert. Es gibt nur eine Hoffnung: Daß die angelsächsischen Länder die große Politik des Friedens einleiten und den Frieden mit derselben Gewalttätigkeit diffizieren, mit der sie einst den Sieg diktierten."

Deutschland und der Völkerbund.

Eine beachtenswerte englische Aeußerung. Die sozial-liberale englische Zeitung „Daily News“, deren diplomatischer Mitarbeiter gute Beziehungen zu Lloyd George hat, schreibt in einem Leitartikel:

„Zu Beginn des Monats September wird die dritte Tagung der Völkerbundversammlung beginnen. Vor diesem Zeitpunkt muß auf diese oder jene Weise eine Entscheidung getroffen werden, ob Deutschland zu einem Mitglied des Bundes werden soll. Vor diesem Zeitpunkt, denn obgleich die tatsächliche Entscheidung den Mitgliedern des Bundes in der Versammlung selber zufällt, wird in allen Auswärtigen Kammern Europas sehr wohl verstanden, daß sich Deutschland nicht um Zulassung bewerben wird, es sei denn, daß es im voraus die Zurückerhält, daß sein Antrag allgemeine Zustimmung finden wird. Das ist eine natürliche Haltung, und Deutschland ist zu dem Anspruch auf eine solche Zustimmung berechtigt, aber es handelt sich nicht mehr lediglich um die Frage des freien Beitritts zum Bunde. Vor Genua mag das der Fall gewesen sein. Aber seit auf jener alleneuropäischen Konferenz Deutschland mit Recht ein Platz unter den größeren Mächten Europas gegeben wurde, kann man kaum von ihm erwarten, daß es sich bei seinem Eintritt in den Völkerbund um die Stellung von Ländern aufrieben gibt, wie Albanien und Estland.“

Das Völkerbundstatut ist abschließend und aus besonderem Grunde so formuliert worden, daß es Raum für die Zulassung Deutschlands und Russlands als Mitglieder in den Rat zu gegebener Zeit läßt, und Deutschland erwartet nichts Unvernünftiges, wenn es verlangt, daß ihm ein solcher Platz bei seinem Eintritt in den Bund gewährt werde. Wenn Frankreich bereit ist, die Zulassung Deutschlands zu einem Platz im Rat zu unterstützen, dann kann die Angelegenheit als bereits geregelt gelten, aber wenn es das nicht tut, dann würde eine Verpflichtung Englands, daß wir Deutschland als wählbares Mitglied vorschlagen würden, Deutschland die härteste Aussicht geben, die Stellung zu erhalten, die es nicht unvernünftigerweise wünscht.

Deutschland hat noch nicht in vollem Maße eingesehen, wie viel es durch seinen Eintritt in den Völkerbund gewinnen kann. Nicht allein würde seine Stimme in den Angelegenheiten, in welchen es glaubt, Grund zur Klage über Maßnahmen des Bundes zu haben, weit wirksamer sein, sondern es würde auch durch sein Beitrittsgeßuch die beste Garantie dafür geben, daß es in aller Völklichkeit danach trachtet, in Frieden und im Geiste der Zusammenarbeit mit dem übrigen Europa zu leben. Eine Beitrittsverweigerung seinerseits würde sicherlich Argwohn hervorbringen, aber haben wir jemals der deutschen Regierung zu verstehen gegeben, daß wir ihre Zulassung in den Bund wünschen, und daß wir ihrer Bewerbung jede mögliche

Unterstützung geben wollen? Es ist hohe Zeit, daß diese beiden notwendigen Schritte getan würden."

„Rheinlandbank“.

Die führenden deutschen Wohlfahrtsvereine (evangelische, katholische, jüdische und nicht konfessionelle) haben sich seit den rheinischen und saarländischen Verbänden zusammengenommen, um zum Zweck einer Sammlung für rheinische und saarländische Heimat- und Wohlfahrtspflege den „Rheinlandbank“ zu begründen. Es handelt sich hierbei nicht, wie die „Frankf. Ztg.“, der wir diese Notiz entnehmen, schreibt, um ein Wohlfahrtsunternehmen im eigentlichen Sinne dieses Wortes, sondern „um eine Pflicht, der sich niemand entziehen sollte, den eine deutsche Mutter geboren hat“. Die Not der Rheinländer und der Saarländer sei so groß, daß die örtliche Wohlfahrtspflege, die selbst schwer unter den bestehenden Verhältnissen leide, namentlich infolge der Beschlagnahme von Gebäuden, Schulen, Krankenhäusern usw. nicht mehr in der Lage sei, sie auch nur annähernd zu lindern. Die Forderung, die überall auf dem Mittelrand laufe, im Rheinland aber durch die fremde Besetzung und den Fremdenquärum, den sie mit sich ziehe, besonders verschärft werde, treibe gerade den kulturtragenden Teil des rheinischen Bürgertums, der an dem großen Verdienste der Gegenwart nicht partizipiert, mit jedem Tage dem Abgrund näher zu, aus dem es für ihn kein Entrinnen geben könnte. Was die feindselige Besetzung anlangt, so seien bereits am 1. Dezember vorigen Jahres im Rheinland 9700 Wohnungen mit 38 000 Zimmern und außerdem 13 000 Einzelzimmer (zusammen also 51 000 Zimmer) zur Unterbringung von Offizieren und Mannschaften der Besatzungsarmee beschlagnahmt gewesen. In 17 Stätten seien 23 Theater ihrer Kulturaufgabe entzogen. 22 Schulgebäude würden als Kasernen benutzt und seien für die Zwecke des Unterrichts unbrauchbar gemacht. Für zwei beschlagnahmte Zimmer mit Möbeln, Wäsche, Küchengeräten, Badewasser, Wasser, elektrischem Licht, Kochgas und Reinigung seien, um ein Beispiel zu nennen, nur 230 Mark zugebilligt, die kaum für die Deckung des Lichtes und des Kochgases ausreichen. Man erziehe hieraus, wie die Last auf jede rheinische Familie im einzelnen drücke. Dazu käme die Not derjenigen, die durch Gefängnisstrafen, Geldstrafen, Ausweisungen etc. getroffen seien. Es wird weiter auf die Notlage der Familien hingewiesen, die durch die erzwungenen Beamtenverheirathungen so geschädigt worden seien, daß keine offizielle Entschädigung das entstandene Elend gutmachen könne. Auch die Lage der rheinischen Universitäten und ihrer Studenten sei eine überaus klägliche. Die Notiz schließt mit den Worten: „Die rheinische und saarländische Bevölkerung muß wissen, daß ihre Leiden nicht nur mitempfinden werden, sondern daß man auch versucht, sie zu lindern, soweit dies in der Kraft deutscher Menschen liegt, die auch unter dem verlorenen Kriege leiden, aber doch fern von den besonderen rheinischen Sorgen sind.“

Rundgebungen gegen den Krieg.

Berlin. — Die vom Aktionsausschuß „Nie wieder Krieg!“ und 30 Verbänden am 30. Juli, dem Tage des Kriegsausbruchs vor 8 Jahren, veranstaltete Friedenskundgebung hat, wie wir der „Frankf. Ztg.“ entnehmen, einen imposanten Verlauf genommen. Von 10 Uhr morgens an setzten sich die langen Züge der Teilnehmer von den Sammelpunkten der Außenbezirke aus nach dem Lustgarten in Bewegung, der in der Mittagsstunde, ebenso wie der Schloßplatz, von einer nach vielen Zehntausenden zählenden Menge gefüllt war. Obwohl sich die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften an der Rundgebung nicht offiziell beteiligt hatten, waren neben pazifistischen Organisationen auch Ortsgruppen der S.P.D. (Sozialdemokr. Partei Deutschlands) und der U.S.P.D. (Unabhängige Soz. Partei D.), der demokratischen Jugendvereine und der sozialistischen Arbeiterjugend erschienen, die schwarz-rot-goldene und rote Fahnen mit sich führten. Neben den großen Plakaten mit der Aufschrift „Nie wieder Krieg!“ sah man andere, auf denen zu lesen stand: „Die Waffen nieder!“, „Verhindert den Krieg durch Generalstreik!“ usw. Um 12 Uhr eröffneten Vorträge verschiedener Musikkapellen die Rundgebung. Es folgten An-

sprachen zahlreicher Redner, die betonten, daß die „Nie wieder Krieg“-Demonstration sich ausschließlich von Deutschland aus auf fast alle europäischen Länder und auch auf Amerika ausbreite habe. Ueberall feiern die Befreierten die gleichen, sei ein würdiger Friede nicht eingeleitet werde der Boden für neue kriegerische Konflikte geschaffen. Darum habe die Parole der Kriegsgegner nicht nur heute, sondern für die ganzen nächsten 50 Jahre zu lauten: „Bachsankeit und Alarmbereitschaft“. In Deutschland habe der militärische Geist zwar fälschlich eine Niederlage erlitten, aber die Reaktion sei noch nicht völlig geschlagen und sie werde gestärkt durch die Politik der Ultimaten und die Drohungen der Entente. Bei der bevorstehenden Wahl des Reichspräsidenten werde die Reaktion alles daransetzen, um zu einem Erfolg zu gelangen. Umso mehr müsse die Aufgabe aller Republikaner und Kriegsgegner sein, in diesem bevorstehenden Kampf auch das eine zu bedenken, daß der Kandidat der Republik „Friede“, der der Reaktion „Revanfchekrieg“ bedeute. — Nachdem die Redner geendet hatten, wurde die Rundgebung mit musikalischen Vorträgen geschlossen. In Ruhe und Ordnung verließen die Teilnehmer den Lustgarten und den Schloßplatz. — Zu der Kundgebung waren zahlreiche Begrüßungsdelegationen der Aktionsausschüsse in England, Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark und Amerika eingelaufen.

Hamburg. — Die hier veranstaltete Rundgebung „Nie wieder Krieg“ nahm gleichfalls einen eindrucksvollen Verlauf. Die Arbeiterstadt Groß-Hamburgs war in geschlossenem Zugezuzug, während im übrigen der Besuch allerdings durch das Regenwetter beeinträchtigt wurde. Von 8 Tribünen wurden Anreden gehalten. Die einmütig angenommene Entschädigung fordert die Stillwahrung der Friedenspolitik und eine sofortige Erklärung der deutschen Regierung, daß sie bereit sei, dem Völkerbund beizutreten. Für den Fall einer Kriegsgefahr wird die Durchführung des Generalstreiks gelobt.

London. — Bei der unter dem Wahlspruch „Nie wieder Krieg!“ im Hyde-Park veranstalteten Kundgebung sprachen ca. 50 Redner, darunter eine Anzahl Kommunisten. Es wurde eine Entschädigung angenommen in der das Zusammenwirken mit gleichartigen Bewegungen in Europa und Amerika befürwortet wird, um die Ursachen des Krieges zu beseitigen und die internationale Sozialarbeit zu entwickeln.

Die Jugendwohlfahrtspflege im Kampf mit den Notständen der Jugend.

a) Praktische Maßnahmen. Die Hauptursachen der Kindnot in Deutschland zu beheben, lag nicht in der Macht der Verwaltungen. Sie konnten mit allen Opfern der Jugend zunächst keine gebührenden Lebensverhältnisse, vor allem keine ausreichende und zweckmäßige Ernährung schaffen. Aber auch im übrigen waren ihre materiellen Hilfsmittel begrenzt. Die Ueberlassung des Etats in Verbindung mit der Geldentwertung zog auch notwendigen Leistungen öffentlicher Wohlfahrtspflege enge Schranken. Die privaten Wohlfahrtsorganisationen untererterter kämpften einen schweren Kampf um ihren Bestand, da die Mittel, mit denen sie aufrecht erhalten worden waren, entsprechend der Geldentwertung nicht erhöht werden konnten. Es mußte die Lösung der Frage der Bekämpfung der Kindnot vor allem auf dem Wege besserer und wirksamerer Organisation, vernünftiger Zusammenfassung zur besseren Ausnutzung der vorhandenen Möglichkeiten gesucht werden. Es mußte aber auch versucht werden, neue Hilfsquellen zu erschließen, andere als die bisherigen Wege der Wohlfahrtspflege zu gehen. Solche neuen Wege stellte die Entsendung von Stadtkindern auf das Land zu längeren Erholungsaufenthalten dar. Auf Anregung von Landwirten, die sich bereit erklärten, Stadtkinder bei sich mit „durchzufüttern“, wurde im Jahre 1917 zum erstenmal eine große Organisation für die Ausendung solcher Kinder geschaffen. Die Mitwirkung der Behörden schützte das Werk vor Zersplitterung. Es wurde einheitlich von einer Reichszentrale aus in ganz Deutschland durch die Vermittlung von Landeszentralen unter der Landbevölkerung für die Aufnahme von Kindern erworben und die Vermittlung organisiert. Die Aufnahme erfolgte grundsätzlich für längere Zeit (3—4 Monate), damit die Erholung wirksam werden konnte. Sie geschah zunächst ganz unentgeltlich, es wurde aber auf Verlangen ein geringer Beitrag zu den Unkosten gegeben (50 Pf. für den Tag). Es wurden auf die-

Weise im Jahre 1917 über eine halbe Million Kinder in Familien auf dem Lande untergebracht. Die Städte beteiligten sich vielfach an den Transport- und sonstigen Unkosten. In den folgenden Jahren wurde die Ernährungslage auch der Landbevölkerung schlimmer, daher war sie nicht imstande, ihre Hilfe in gleichem Maße aufrecht zu erhalten. Immerhin wurden 1918 noch 270 000 Kinder untergebracht, im Jahre 1919 nur 112 000. In diesem Rückgang spiegeln sich die seelischen und äußeren Wirkungen des Friedensschlusses und der Revolution. Im nächsten Jahre stiegen die Zahlen wieder erheblich an.

Immerhin bedurfte diese freiwillige Leistung der Landbevölkerung einer Ergänzung durch Maßnahmen der Städte und der Regierung. Städte und Regierungen gingen mehr und mehr dazu über, in landschaftlich geeigneten Gegenden Erholungsstätten für Kinder einzurichten. Das größte Unternehmen dieser Art ist die von der badischen und württembergischen Regierung gemeinsam begründete „Kinderstadt“ auf dem Hruberg im Schwarzwald, ein ehemaliges großes Barackenlager, das für Erholungsbedürftige Heresangehörige errichtet worden war. Es wurden dort 9000 Kinder untergebracht, so daß, bei monatlichem Wechsel, insgesamt während des Sommers etwa 12 000 Kinder dort Erholung finden können.

Daneben wird versucht, wo angängig, umweit der Städte Kräftigungsmöglichkeiten für die Kinder einzurichten. In Hamburg werden Tausende von Kindern während der Ferien jeden Tag in Dampfschiffen auf eine Halbinsel gefahren, wo sie den ganzen Tag im Freien bleiben und verplegt werden.

Um für diese und andere Wohlfahrtsunternehmungen auch die freiwillige Tätigkeit zu beleben, wurde im letzten Jahr eine große Sammlung durch die Vereinigung der Jugendwohlfahrtsorganisationen veranstaltet. Sie erbrachte durch lebhafteste Beteiligung aller Bevölkerungsschichten — die Arbeiterklasse leistete zum Teil Ueberstunden, deren Ertrag für die Sammlung bestimmt war — 55 Millionen, die in erster Linie für Hilfeleistungen an die Kinder in der Familie (Ernährung, Heizung, Kleidung), in zweiter für Erholungsaufenthalte verwendet wurden.

(Schluß folgt.)

Aus dem Leben der Deutschen in Georgien.

Zur Eröffnung einer deutsch-georgischen technischen Mittelschule in Tiflis.

Der laute Ruf nach Technikern ist aus den Zeitverhältnissen geboren. Für die Reparaturen und Neuschöpfungen von Häusern, Straßen, Bahnen, Bergwerken, Fabriken aller Art werden in den nächsten Jahren viele Techniker erforderlich sein. Nur dann werden diese jungen Leute die umfangreichen Aufgaben erledigen können, wenn sie eine gründliche Ausbildung erhalten haben, die den Verhältnissen entspricht, wenn sie zu systematischer Arbeit und zu Ausdauer erogen worden sind, wenn sie genügend Aufsicht und Einsicht für die ihnen gestellten Aufgaben besitzen und wenn sie in jeder Hinsicht zuverlässig sind. Solche Techniker, die die rechte Hand der akademisch ausgebildeten Ingenieure sein müssen, auszubilden, hat sich die deutsch-georgische technische Schule zur Aufgabe gestellt.

In eingehenden Beratungen innerhalb des zuständigen Ausschusses der Staatsuniversität zu Tiflis und des Kommissariats der Volksaufklärung sind die Bedingungen und Rechte mit der Kommission des deutschen Reichsausschusses klargestellt und die Eröffnung der deutsch-georgischen technischen Schule mit Beginn des Schuljahres 1922/23 genehmigt worden. Die Anstalt will keine Akademiker ausbilden, sondern Werkmeister, Baugewerkmeister, Techniker aller Art, Leute, die nach Angabe der leitenden Ingenieure die Zeichnungen fertigen, die Führung von Montagen übernehmen können; sie will Leitern von Privatgeschäften die Mittel lehren, die sie zur Ausübung ihres Berufes nötig haben.

Das Studium an der deutsch-georgischen technischen Schule erstreckt sich auf 4 Jahre; die 2 ersten umfassen die allgemeinen Fächer, die für alle Abteilungen gemeinsam geführt werden, die beiden letzten umfassen die Spezialfächer. Den Verhältnissen entsprechend sollen zunächst die Abteilungen: Wege, Kanal-, Straßenbau mit Vermessungswesen, Hydrotechnik, Maschinenbau (technische Mechanik) und Elektrotechnik eröffnet werden; sobald es die Bedürfnisse erfordern, werden Bergbau, Hochbau und Chemie folgen.

Im Schuljahr 1922/23 soll nur die I. Klasse geführt werden. Zur Aufnahme in die deutsch-georgische technische Schule ist das Zeugnis einer 8klassigen Arbeitsschule oder einer gleichberechtigten Lehranstalt erforderlich. Auch können diese Kenntnisse durch eine Aufnahmeprüfung nachgewiesen werden. In späteren Jahren wird noch eine einjährige praktische Tätigkeit verlangt werden.

Für Schüler, die die deutsche Sprache nicht hinreichend beherrschen, wird noch eine vorbereitende Klasse eröffnet werden, in der das Fehlende nachgeholt werden wird, ähnlich wie in der vorbereitenden Klasse des Gymnasiums.

Den Absolventen der bezüglichen technischen Schule steht das Recht zu, am staatlichen Polytechnikum zu Tiflis vollberechtigt zu studieren. Ueber vollberechtigtes Studium an reichsdeutschen technischen Hochschulen kann zur Zeit noch nichts Bestimmtes angegeben werden. Die Verhandlungen in dieser Frage werden mit den zuständigen Behörden in kürzester Frist stattfinden und deren Ergebnisse veröffentlicht werden. Es ist zu erwarten, daß die deutschen technischen Hochschulen als geringe allgemeine Bildung die Reife der 8. Klasse einer anerkannten Mittelschule (Gymnasium) verlangen werden.

Der Tag der Eröffnung der deutsch-georgischen technischen Schule wird noch bekannt gegeben werden. Da in die vorbereitende Klasse nicht mehr als 30 Schüler aufgenommen werden können, so wird rechtzeitige Meldung bei der Direktion der deutsch-georgischen technischen Schule (im Realgymnasium, Kirchenstr. 27) spätestens bis zum 15. September dringend geraten.

Im Auftrage der Gymnasialkommission:

Der Direktor

gen.: Architekt Dipl.-Ing. W. Jaekel.

Deutscher Lustspiel-Abend in Tiflis.

Drei Einakter: „Als Verlobte empfehlen sich“, „Die Empfehlung“ und „Die Naturheilmethode“, über deren Inhalt kein Wort verloren zu werden braucht, waren es, die uns am 12. d. Mts. in anprechtloser Weise, aber in wohlgemeinter Absicht, einem edlen Zweck dienlich zu sein, nämlich dem der Unterstützung unseres Stiechenhauses, dargeboten wurden. Zum Lachen sollte es sein und zum Lachen war es. Nicht in übertriebenem Sinne, bewahre! Nein, zum Lachen im wahren Sinne dieses Wortes, denn es wurde wirklich viel und herzlich gelacht an diesem Abend, erlösend gelacht, befreiend von den drückenden Sorgen einer schweren, dunkleren, besonders für unsere Stammesgenossen oräben im Mutterlande bitteren Zeit, deren Sorgen und Nöte ja auch unsere Sorgen und Nöte sind, sofern es Sorgen und Nöte von Brüdern und Schwestern sind. Niemand zum Vorwurf sei's gesagt, denn wer würde denen nicht recht geben, die sagen, der Mensch könne doch nicht immer traurig sein, immer nur „Trübsal blasen“? Also haben wir gelacht, uns einmal wieder gründlich ausgelacht! Der Stoff ist uns hinter den Ohren, das ist Naturanlage, und wer ihn aus seinem Berdte herauszuloden weiß, der hat bei und gewonnenes Spiel. Und diesen Erfolg erzielt zu haben, können sich ungewissheit die zahlreichen spiel- und opferfreudigen Herrschaften zugute schreiben, die zum Gelingen der Aufführung der an und für sich so wenig gelungenen sogenannten „Bühnenstücke“ nach Kräften beigetragen haben. Man wird von uns natürlich nicht ein Eingehen auf die Leistungen jedes einzelnen Mitspielenden erwarten, da wir dadurch ein übriges Mal den Groll derer herausbeschwören würden, die unserer „Vorliebe für Besprechungen des kaiserlichen Theaters“ so gar kein Verständnis entgegenbringen. Wir möchten aber doch ein paar anerkennende Worte im allgemeinen sagen. Sie gelten dem, von gewisser Holzernheit, Ecktigkeit und Steifheit einiger unserer Bühnenkräfte abgesehen, verhältnismäßig guten Zusammenspiel, der geschickten Regie des Herrn Radolin und der Lebendigkeit und Ungelinktheit des Herrn W. Habicht, dieses „neuesten Sterns an unserem Theaterhimmel“, als den man ihn uns vor der Vorstellung nicht ohne Vermissung von Eiferstuch bezeichnet hat. Frau Walling als Adelaide Hopfenkengel war ihrem Partner, Herrn Habicht als Inspektor Andreas Langenspann, durchaus ebenbürtig, wie es bei ihren stets hervorragenden Leistungen auch garrnicht anders hätte sein können. Herr Fr. Hägele war als Philipp (Diener) in seinem Element, was man von ihm als Franz von Grumbach (Student) nicht gerade behaupten kann. Herr F. Mader war ein besserer Di-

rector als Tierarzt. Fr. D. Hein war verliebt sehr anziehend, zürend — weniger, als befohrte, das Muster eines artigen Kindes. Die Blanznummer des Abends aber war, unbefritten, der „Rindel“ des Herrn Radolin selbst, der eigentliche Urheber der — Laivalen, unter deren Nachwirkungen wir erleichterten Herzens in vorgeordneter Nachtstunde (Bauen — schmerzlich lange!) endlich heimgehen durften.

— ? —

Dankagung des Deutschen Frauenvereins in Tiflis.

Den liebenswürdigen Initiatoren des so gelungenen Lustspiel-Abends vom 12. d. Mts., den Herren: F. Radolin, F. Mader und F. Hägele, sage ich hiermit im Namen des Deutschen Frauenvereins in Tiflis den wärmsten Dank für den zum Besten des Stiechenhauses mir übergebenen Reinertrag von der Vorstellung in Höhe von 2261 500 Rbl. u. für die 1 000 000 Rbl., gespendet von Herrn Radolin, den Betrag seines Honorars für die Regie dieses Abends. — Doch gilt der Dank nicht nur für den leider so notwendigen schönen Plakatom, sondern auch für den Genuß, den die Vorstellung allen Zuschauern bereitet hat. In dieser ersten und schweren Arbeitszeit ist es so erquickend, einmal dem ganzen Herzen lachen zu können; wird doch das Lachen von den Herren Doktoren als wirksamstes Heilmittel für erkrankte oder überreizte Nerven empfohlen. Nun, der 12. kann in dieser Hinsicht als überaus gelungen bezeichnet werden, denn man ging erfrischt nach Hause. Inniger Dank sei auch allen Mitwirkenden ausgesprochen, die durch ihre eunmütigen, frischen, frohen Spiel und Zuschauern so viel Genuß bereitet haben. Schade nur, daß die Vorstellung im ganzen schwach besucht war. Die Abwesenden haben jedenfalls viel verloren.

Mit nochmaligem allseitigem Dank

S. Strube.

Vorsitzende d. D. Frauenvereins in Tiflis.

Abel die freundlich mir zugestellte Abrechnung über die Einnahmen und Ausgaben am Theaterabend.

Einnahmen:	
Verkauf von Eintrittskarten	7 570 000 Rbl.
„ „ Programmen	190 000 „
Spende von Herrn Karl Ull	100 000 „
Im ganzen: 7 860 000 Rbl.	
Ausgaben:	
Total	2 445 000 Rbl.
Abgaben an die Stadtverwaltung	425 000 „
„ an den „Bomgol“	428 500 „
Bekanntmachungen	630 000 „
Theaterauslagen	270 000 „
Reineur	400 000 „
Regie	1 000 000 „
Im ganzen: 5 598 500 Rbl.	
Reingewinn zu Gunsten des Stiechenhauses 2 261 500	
Gezeichnet: Fr. Mader, Franz Hägele.	

Bericht über die Lehrerkonferenz zu Elisabethal vom 4.—6. August 1922.

Selten wohl konnte den deutschen Lehrern in Georgien mehr am Gelingen ihrer ordentlichen Jahreskonferenzen gelegen sein, als gerade diesmal. War es doch nach langer, langer Zeit wieder eine Konferenz, die sich ausschließlich mit rein pädagogischen Fragen zu befassen hatte, eine Konferenz, die sich über die brennendste Schulfrage unserer Zeit einige Klarheit verschaffen wollte, nämlich über die Arbeitsschule. Die vielversprechende Tagesordnung wurde der zuständigen Behörde, dem „Karlkompro“ (Volkskommissariat für Aufklärung), imponieren. Doch waren bis dahin ähnliche Konferenzen vom „Karlkompro“ nicht genehmigt worden, ein Grund, weshalb diesmal bei der Einholung der Erlaubnis für die Eröffnung der Konferenz solche Schwierigkeiten zu überwinden waren, daß man schon nahe daran war, die diesbezügliche Eingabe wieder rückgängig zu machen. Unter anderem mußte wohl auch der Kostenpunkt große Bedenken hervorgerufen haben, denn man atmete sichtlich erleichtert auf, als auf eine diesbezügliche Anfrage die Antwort ward, daß die Einberufung der Konferenz und die Beteiligung an derselben weder für den Staat noch für die Konferenzmitglieder mit irgendwelchen Ausgaben verbunden sein werde. Schließlich war die Genehmigung der Konferenz ausgewirkt. Die

Tagesordnung hatte man bis auf die ersten 7 zuverlässigen Punkte geführt, mit dem Bemerk, daß es dem Vertreter der Regierung anheimgestellt bleiben solle, selbst auf der Konferenz noch Änderungen in der Tagesordnung vorzunehmen. Der Kommissar oder dessen Stellvertreter sollte die Konferenz leiten. Nachträglich aber wurde diese Bestimmung dahin geändert, daß man die Leitung erst Frau Barth und schließlich Frau A. Amiradibibi (zur Zeit im „Narkompros“ tätig) anvertraute. Gegen Abend des 3. August waren die meisten Kollegen aus allen Gauen Georgien in Elisabethtal eingetroffen, unter ihnen auch die Vertreter in der Regierung, ferner der Vorsitzende des Zentral-Komitees des Verbandes der Deutschen in Georgien u. a. — Die Einquartierung war gut organisiert.

1. Sitzungstag (4. 8.)

Um 1/2 10 versammeln sich die Kollegen, die angereisten Gäste und die Vertreter der örtlichen Organisationen in der deutschen Schule. Ruhig baret man der Dinge, die da kommen sollen. Anwesend sind folgende Konferenzmitglieder: Bühl, Andrijs, Schögel — Elisabethtal; Dahn, Pfeiffer, Briem, Mayer, Kappeler, Leibig, Köpck, Waischawariani, Doris Mayer, Walling, Fischler, Strube, Kupfische — Tiflis; J. Walter, Gb. Guttenlocher, R. Guttenlocher, Binger, Rüb, Fisdler, Schöfler, Ella Guttenlocher, R. Guttenlocher-Brecht, Urbum, Almenbinger, A. Walter — Luxemburg (Katharinensfeld); Schüle — Mariensfeld; Njolin — Alexandersdorf; Brinz, Stähle, Walling — Alexanderschliff; E. Vogel und H. Vogel — Georgstal; Rohdemann — Traubenberg. Gäste: Gemeindefunktionär Kugel, Schulvater Oswald, Gemeindefunktionär Nach und ein Vertreter des örtlichen „Volksworts“ (Volksgaueauschuss) — Elisabethtal, der Vorsitzende des Zentral-Komitees des Verbandes der Deutschen in der S. S. R. Georgien E. Lamparter und Frau, der Sekretär des nämlichen Zentral-Komitees Th. Hoffmann — Tiflis; Student Janzen — Luxemburg (Katharinensfeld).

Um 10 Uhr eröffnet die Vertreterin der Regierung A. Amiradibibi die Konferenz mit folgenden Worten (in deutscher Sprache): „Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Im Namen des Kommissariats für Volksaufklärung (gekürzt „Narkompros“) begrüße ich Sie zu der Eröffnung dieser Konferenz und wünsche Ihnen von Herzen eine gelungene Arbeit zum Besten Ihrer selbst, der deutschen Schule ganz besonders und nicht zuletzt zum Besten der Georgischen Sowjetrepublik. Der Umstand, daß Sie, eine verschwindend kleine Minderheit in unserer Republik, als erste die Organisation einer ähnlichen Konferenz fertig gebracht, ist wiederum ein Beweis dafür, daß wir uns in der Arbeitsfreudigkeit und Arbeitsfähigkeit der deutschen Lehrerschaft nicht getäuscht haben. Ganz besonders muß ich das lobliche Verhalten der deutschen Gemeinden ihrer Schulen und Lehrern gegenüber hervorheben. Wir freuen uns, daß die deutsche Bevölkerung unserer Republik solch großes Interesse ihren Kulturfragen entgegenbringt. Wir freuen uns, daß dank diesem Umstande die deutschen Schulen und ihre Lehrer im Vergleich zu anderen Schulen ein verhältnismäßig günstiges Dasein haben, und ich bitte Sie deshalb, Ihren Gemeinden unsern aufrichtigsten Dank und die besten Grüße zu übermitteln.“

G. Pfeiffer-Tiflis, Mitglied des georgischen Rates der nationalen Minderheiten, begrüßt die Konferenz im Namen des letzteren. H. Bühl-Elisabethtal heißt die Konferenz im Namen der Ortskörpers herzlich willkommen. E. Lamparter begrüßt die Konferenz im Namen des Verbandes der Deutschen in Georgien.

Die Konferenz beschließt einstimmig, anlässlich der Eröffnung der Konferenz an den „Narkompros“ ein Begrüßungstelegramm zu richten.

Nach dem Wapfen des Sekretariats und Festlegung der Arbeitszeit für die Dauer der Konferenz geht man zur Besprechung der Tagesordnung über (s. „R. B.“ № 25). An Stelle des Referats der Katharinensfelder Gruppe (P. 2) tritt ein anderes Referat genannter Gruppe über: „Die Arbeitsschule nach Reichensheimer und ihre Bedeutung für die Charakterbildung“. Die Lehrprobe dieser Gruppe fällt aus. An erster Stelle folgt erwähntes Referat, vorgetragen von Lehrer Rüb. Der Referent beharrt den Stoff vollständig. Er spricht frei, schön, mit Begeisterung. Dem Referat folgen lebhafteste Debatten über die Arbeitsschule überhaupt. Gausberg, Schörellmann, Blonsky, Schöthly und andere werden zu Rate gezogen. Man einigt sich schließlich dahin, daß bei der Durchführung des Arbeits-

prinzips in unsern deutschen Schulen die vom „Narkompros“ vorgemerkten Richtlinien nach Möglichkeit eingehalten werden sollen. Freiheit in der Durchführung des Arbeitsprinzips nach einheitlichem System, aber nicht Freiheit in der Wahl des Systems selbst. Und es ist wohl das richtigere, wenn die deutsche Lehrerschaft auf fester Grundlage langsam, aber sicher den Bau ausführt. Diese Grundlage ist zur Zeit in groben Umrissen schon vorhanden. Sie ist das Resultat überaus reicher Erfahrungen in den Musterarbeitsschulen des „Narkompros“.

Auf Grund dieses beauftragt die Konferenz G. Pfeiffer-Tiflis, auf der nächsten Konferenz über die Arbeitsschule in Sjewet-Georgien zu referieren, wobei die Erfahrungen des kommenden Schuljahres auf diesem Gebiete nicht unbeachtet bleiben dürfen. — Gleichzeitig wird beschlossen, die Arbeiten für die nächste Konferenz solchen Gruppen zu überlassen, welche die Möglichkeit haben, bei sich oder in anderen Schulen die praktische Durchführung des Arbeitsprinzips zu überwachen. Einige Kollegen aus der Provinz äußern den Wunsch, dem Unterricht in den städtischen Anstalten beizuwohnen. Frau A. Amiradibibi verspricht diesbezüglich eine allseitige Unterstützung.

Die Lehrprobe in Geologie, vorgetragen von Lehrer Vogel sen., führt ebenfalls zu einem regen Meinungs-austausch. Vom Standpunkte der scholastischen Schule war die Lehrprobe befriedigend.

Ueber die Lehrprobe in Erdkunde, vorgetragen von Lehrer Rohdemann, wird nicht debattiert.

Vor Schluß des 1. Sitzungstages läßt die Gemeinde Elisabethtal durch H. Bühl an die Konferenz die Einladung zu einem gemeinsamen Mittagessen am 4. 8. ergehen. Die Einladung wird dankend angenommen.

(Schluß folgt.)

Zur gefälligen Beachtung bei der Ausreise nach Deutschland.

Zufolge einer diesbezüglichen Mitteilung des Auswärtigen Amtes (vom 30. Juni d. J.) an die hiesige Deutsche Gesandtschaft, kann die Heimbeförderung von Gepäcksstücken, die von Reichsdeutschen in Tiflis zurückgelassen worden sind, nicht auf Reichsstößen übernommen werden. Dasselbe gilt natürlich auch für die Zukunft.

Unsere deutschen zu Studienzwecken nach Deutschland reisenden Jünglinge und Jungfrauen georgischer Staatsangehörigkeit gesehen hinsichtlich der Pass- und Ausreiseerlaubnisse gehören (ungefähr: 2100000 Rub. in georg. Währung) keinerlei Vergünstigung. Die auf eine solche abzielenden Bemühungen des Zentral-Komitees des Verbandes der Deutschen in der S. S. R. Georgien und der Schulleitung des Deutschen Realgymnasiums (27. Technikum) in Tiflis bei den zuständigen Anstalten sind bisher ergebnislos verlaufen. Die Studienlandboten und -landbotenbesitzer werden Verzögerungen mögen daher auch diesen Ausgabeposten in ihr Reisebudget aufnehmen. Zugleich sei darauf hingewiesen, daß der Auslandspass und die Ausreiseerlaubnis nur einen Monat Gültigkeit haben, gerechnet vom Tage ihrer Ausstellung, und falls diese Frist verpaßt wird, eine Erneuerung obiger Ausweise nur gegen 60 malige Entrichtung der vollen Summe (2100000 Rub.) gewährt wird.

Steuerbegünstigung für Studierende an deutschen Hochschulen.

Den fortgesetzten Bemühungen des Auswärtigen Amtes ist es nunmehr gelungen, eine den ausländischen Studierenden günstige Entscheidung herbeizuführen. Der Reichsminister der Finanzen hat nämlich in einem Rundschreiben die Konsularämter angewiesen, ausländische Studenten, die sich nur zu Studienzwecken im Deutschen Reich aufhalten, für die Unterhalts- und Studiengebühren, die sie von ihrem im Ausland wohnenden Angehörigen erhalten, im Deutschen Reich nicht zur Einkommensteuer heranzuziehen, sofern die Studenten auf diese Bezüge überwiegend angewiesen sind. — Gleichzeitig hat der Reichsminister der Finanzen auf Grund des § 108 der Abgabenordnung die Finanzämter ermächtigt, auch deutsche Studenten bei Erfüllung der gleichen Voraussetzungen hinsichtlich der ihnen von ihren ausländischen Angehörigen gewährten Bezüge von der Einkommensteuer freizustellen.

Die Sozialistische Sjewet-Republik Aserbeidjan.

Die Sozialistische Sjewet-Republik „Aserbeidjan“ umfaßt das Gebiet der ehemaligen russischen Gouvernements Baku und Elisabethpol auf einer Gesamtfläche von 85 849

Quadratmeilen (1 Meile gleich 1067 Meter). Sie grenzt im Norden an den Daghestan. Ihre Dignität wird von dem Kaspiischen Meer gebildet. Im Westen stößt sie mit den ihr federierten Republiken Georgien und Armenien, im Süden mit der gleichnamigen persischen Provinz „Aserbeidjan“ zusammen.

Die Oberfläche Aserbeidjans ist äußerst verschiedenartig. Große Steppenflächen in den Niederungen, wie: die Wüste zwischen Kuta u. Araxes und der Bergseite des Kleinen Kaukasus, die Schirwansteppe am linken Ufer der Kuta und die Mugansteppe am rechten des Araxes, bedecken allein 35 000 Quadratmeilen. Im Norden werden die Niederungen von den Ausläufern des Kaukasus, im Südwesten von den Bergen des Kleinen Kaukasus begrenzt.

Das Klima ist, der Oberfläche entsprechend, sehr unterschiedlich. Die Niederungen sind fast tropisch heiß, während die hochgelegenen Bergländer nur einen kurzen, heißen Sommer aufweisen. In den Niederungen herrscht in der Nähe der Flüsse und Wasserläufe fast verbreitet die Malaria.

Die Einwohnerzahl Aserbeidjans betrug im Jahre 1921 ca. 2 861 000 Seelen. Hiervon waren 1 952 000 Muselmanen, 622 000 Armenier, 214 000 Russen und 59 000 verschiedener Nationalität. Die Einwohnerzahl pro Quadratmeile betrug 33 Seelen. Die Hauptstadt Aserbeidjans, Baku, zählt über 200 000 Einwohner. Die drei nächstgrößten Städte mit 40 bis 60 000 Einwohnern sind: Ganja (Elisabethpol), Schuscha und Nacha; solche mit 20 bis 40 000 Einwohnern: Ruba und Schenawa. Rund 77% der Bevölkerung beschäftigt sich mit Landwirtschaft und Viehzucht. Es werden hauptsächlich nachfolgend benannte landwirtschaftliche Produkte angebaut (die nebenstehenden Zahlen geben das Gewicht in Tonnen der Ernte vom Jahre 1917 an):

Ärterfrüchte	rund 800 000 t
Süßfrüchte	100 000 t
Weiz	85 000 t
Koh- Baumwolle	85 000 t
Wen	3 700 000 Eimer
Epiritus und Kognak	6 000 000 Grab
Früchte	50 000 t
Zakaf	6 000 t
Eichholz (mitwachsend)	15 000 t
Honig	200 t

Die Ernterergebnisse könnten bei intensiverer künftlicher Bewässerung und Anwendung moderner Hilfsmittel, wie Dampf- und Motorspinnerei usw., mit breiterer Ausnutzung der Kuta, des Araxes und der ungenutzten Bergflüsse für diesen Zweck, besonders für Baumwolle und Weizen um ein ganz bedeutendes Vielfaches vermehrt werden.

Sehr entwicklungsfähig ist die Waldbirtschaft Aserbeidjans. Die gesamte Waldfläche beträgt 1 253 500 ha. Am häufigsten finden sich Eiche, Buche, Platane, Nuss, Birke, Fichte usw. in unrauten, fast unberührten Beständen. In den unerschlossenen Sagen Aserbeidjans finden sich die für die Gewinnung der teuren Koshenillfarbe wichtige Koshenillflanze, die von den Bewohnern jährlich in einer Menge bis zu 8 t gesammelt wird.

Der Viehbestand Aserbeidjans betrug 1917 und 4 1/2 Millionen Stück. Hiervon waren: 2 1/2 Millionen Schafe, 1 300 000 Kamele und 50 000 Esel und Maultiere. Die Schafzucht — es wird hauptsächlich das grobe Woll liefernde Fettschwanzzucht gezüchtet — lieferte bisher jährlich bis 200 000 Pud ungerinnigte Wolle, wovon 40% ausgeführt, das übrige in der einheimischen Teppichweberei verarbeitet wurde.

Die Seidenraupenzucht liefert jährlich bis 15 000 Pud Rohseide und 6000 Pud Jogen. Frisch.

Das Kaspiische Meer, die Kuta und der Araxes sind außerordentlich fruchtbar. Der jährliche Fang erasab im Mittel 4 1/2 Millionen Pud (rd. 75 000 t) Fische und 22 000 Pud Kaviar. Mit modern eingerichteten Fischereien könnte dieser Ertrag ohne Schaden für den Fischbestand bedeutend vermehrt werden. Hauptfischfang gefangen werden: Stör, Sterlet, Hausen, Hering u. a. m.

Der Hauptreichtum Aserbeidjans liegt in der Kaphta-industrie in der Umgebung Baku. Der ehemalige Monats-ertrag von 35 000 000 Rub (rd. 60 000 t), der unter der bolschewistischen Verwaltung auf 15 Millionen Rub zurückgegangen ist, könnte bei intensiverer Arbeit und Aufschließung der anliegenden Gebiete in kurzer Zeit wieder erreicht und einseitiger stark überfrüchten werden.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind auch die Erzlager Aserbeidjans, welche nur in ganz geringem Maße ausgebeutet werden, da sich erhebliche Transportchwierigkeiten der Ausbeute entgegenstellen. Es finden sich vor allem Eisen- und Kupfererze in abwärtsgerichteter Mächtigkeit und stellenweise hervorragender Güte. Eisen wird in geringeren Mengen gefunden. Das ehemalige Siemens'sche Kupferwerk in Kebabed fördert j. Zt. nunmehr kupferhaltigen Schwefelkies.

Die in vorstehendem nur kurz ange deuteten Natur-reichtümer dürften, nach Eintritt geordneter Verhältnisse, der deutschen Technik wie auch dem deutschen Handel und dem Arbeitsgeist deutscher Kulturträger ein weites und erträgliches Arbeitsfeld in Aserbeidjan eröffnen. E—e.

Herausgeber: Der Z. B. des Verbandes der transkaspischen Deutschen. — Für die Redaktion verantwortlich: Cand. jur. Alexander Fufajew, im Auftrage des Redaktionskomitees.